

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werftätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Feiertagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Telefon Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum 40 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 30 Pfg., auswärtige Anzeigen 45 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 151.

Montag, den 1. Juli 1918.

25. Jahrg.

Ueber unsere Zukunft.

Man kann sich nicht vorstellen, daß es einen Deutschen gibt, der nicht den Wunsch hat, Deutschland recht bald wieder mit allen Rechten eines selbständigen politischen Gemeinwesens, ohne jede ausnahmsweise Behinderung, seinen ihm vermöglicher gewerblichen Entwicklung gebührenden Platz im friedlichen Weltverkehr um den Weltmarkt wieder einnehmen zu sehen. Das ist sicherlich der Wunsch aller Parteigruppen, von der agrar-konservativen Rechten bis zur „alleräußersten“ Linken. Würde das maßlos wüste Treiben unserer phantasiereichen Annerzionisten nicht die öffentliche Diskussion über Deutschlands Zukunft auf das gefährlichste persönliche Gebiet gedrängt und so verwirrt und vergiftet haben, über die unerbittlichen Notwendigkeiten, die um Deutschlands Volkswirtschaft willen zu erfüllen sind, so gäbe es keinen nennenswerten Streit. Das wird uns wieder einmal ins Bewußtsein gedrückt durch eine eben vom Verlag Bügenstein (Berlin) herausgegebene Broschüre, in der die Frage beantwortet werden soll: „Wie schützt man die deutsche Industrie vor der von unseren Feinden beabsichtigten Vernichtung?“ Diese Schrift, in einer ersten Auflage von 100 000 Stück verbreitet, wendet sich zwar im „vaterlandsparteilichen“ Sinne gegen die Friedensresolution des Reichstages, aber man wird selten eine bessere Begründung der „verdammten Friedensresolution“ finden, als in eben diesem, von einem Hamburger (K. Scholz) verfaßten Schriftstück. Daher lohnt sich ihre Würdigung.

Der Verfasser steht augenscheinlich dem Großhandel in irgend einer Weise nahe. Er bespricht sich des Nachdenklichen, wenn es dem feindlichen Ausland, gemäß den Abmachungen der Pariser Wirtschaftskonferenz und gelegentlichen Äußerungen von Lloyd George usw., gelang, uns nach dem Kriege vornehmlich die Zufuhr von Wolle und Baumwolle zu entziehen, bei uns „etwa 2 neun Zehntel Millionen erwerbstätiger Personen, unter Hinzurechnung ihrer Familienangehörigen etwa 7½ Millionen, brotlos würden! Wer wollte das bestreiten? Allein an roher Wolle und Baumwolle führten wir (1913) für 489,30 Millionen Mark ein; die „Gesamteinfuhr aus feindlichen Ländern an Rohstoffen, die für Industrie und Handwerk unentbehrlich sind, abgesehen von Lebensmitteln“, beziffert sich dem Werte nach auf 3500 Millionen Mark. Sehr bemerkenswert ist, daß dieser zweifelsfreie „Vaterlandsparteiler“ den Wert der eingeführten Eisenerze auf nur 58 Millionen Mark bemißt; tatsächlich war er nach der Reichshandelsstatistik noch geringer (aus Frankreich überhaupt nur für 24,7 Millionen Mark). Unsere Eisenerzezufuhr tritt also an Bedeutung außerordentlich weit hinter unserem sonstigen Rohstoffbedarf aus feindlichen Ländern zurück. Auch darum rechtfertigt sich in keiner Weise die lärmende Agitation für die Annexion von **Sonngung-Wien**. Wenn also die Frage nach unserer künftigen industriellen Rohstoffversorgung gestellt wird — und das muß geschehen, — dann kann nicht die Sorge um Eisenerze, sondern muß die um die Beschaffung der Rohstoffe für unsere **Woll- und Baumwollindustrie** an erster Stelle stehen. Denn hier stoßen wir auf nicht nur die weitaus größte Abhängigkeit unserer Volkswirtschaft von der künftigen Verständigung mit den uns jetzt feindlichen Ausländern. Hier stoßen wir auch auf die Deckung eines sehr dringlichen Bedürfnisses unserer großen Volksmassen (Kleidung, Schulzeug), dem gegenüber im Inlande die Nachfrage nach Eisen- und Stahlwaren wenigstens vorerst nur vergleichsweise ganz gering ist.

Nun aber will es das Verhängnis, daß gerade die wichtigsten Textilrohstoffe (Tierwolle, Baumwolle, Jute, Häute und Felle) weit überwiegend in den (überseeischen) **Britischen und amerikanischen Herrschaftsgebieten** gewonnen werden. Das machen die Angaben in der genannten Broschüre auch dem weltwirtschaftlichen Laien völlig klar. Sie hat auch recht, wenn sie ausführt, daß die Wahrung jener für uns unentbehrlichen, gewaltigen Mengen Rohstoffe von Großbritannien-Amerika „leicht kontrolliert werden“ kann. Wer das Wesen des Kapitalismus kennt, wird auch zugeben, daß die an der Zentralisierung des Wirtschaftskrieges hauptbeteiligten Koryphäen des Kapitalismus bestrebt sein werden, dem längst lästigen deutschen Konkurrenten die Zufuhr von Rohstoffen so viel wie irgend möglich abzuschnitten. Wir sollten uns darüber keiner Täuschung hingeben, zumal schon der intensive Heißhunger nach jenen Industrieerzeugnissen die feindlichen Konkurrenten veranlassen wird, „in erster Linie sich selbst und ihren Freunden zu helfen.“ (Lloyd George am 6. Januar 1918). Im Geschäft hört die Gemütslichkeit auf, erst recht nach einem solchen verwüstenden Völkerrkriege. Durchaus nichtern stellt unser „Vaterlandsparteiler“ auch fest, daß Deutschland an für das feindliche Ausland unentbehrlichen Waren eigentlich nur **Anilin und Kali** im Gesamtwerte von 238 Millionen Mark (1913) in Gegenrechnung stellen kann, während wir, ohne Lebensmittel, für 3500 Millionen Mark an unentbehrlichen industriellen Rohstoffen beziehen müßten. Dazu kommt aber, daß sich in Amerika inzwischen eine Anilinfabrikation ausgebreitet hat, die weit mehr erzeugt, als die Vereinigten Staaten von Nordamerika von uns vor dem Kriege bezogen. Nur in Kali ist unser Monopol fest; in dessen Führen wir davon nur für 125 Millionen Mark aus, was als Gegenrechnung durchaus nicht genügt. Um

diese Tatsache kommen wir nicht herum. Auch die Hoffnungen auf die Belieferung Deutschlands aus dem nahen und fernem Osten, wie sie uns Staatssekretär a. D. Dernburg im „Berliner Tageblatt“ tröstlich eröffnen möchte, sind bestenfalls nichts als sehr ferne Zukunftsmusik. Die praktische Auslegung des Brest-Litovsker Friedensvertrages ist nicht darnach angetan, uns im Osten in absehbarer Zeit freundschaftliche Nothelfer zu verschaffen. Unsere Broschüre hat z. B. auch die „wesentliche“ Verbesserung unserer Ernährungsverhältnisse aus der „Ukraine, der Kornkammer“, „in kurzer Zeit“ als deutschen Aktienposten gebucht — in Wirklichkeit erhielten wir eine **Broterntwertung**.

Als Ausweg aus der von ihm selbst hochkritisch gezeichneten Situation empfiehlt der „Vaterlandsparteiler“ die **Aufhebung der Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli 1917** und die rücksichtslose Ausnutzung der „Kriegslage“. Er schreibt: „Stillhalten wäre nicht nur völkischer Selbstmord, sondern geradezu Vaterlandsverrat! Aber wer will denn „Stillhalten“, um sich von den Feinden das Fell über die Ohren ziehen zu lassen. In der Reichstagsresolution heißt es: „Der Reichstag weist alle Pläne ab, die auf wirtschaftliche Absperrung und Verfeindung der Völker nach dem Kriege ausgehen.“ Das kann sich nach Lage der Verhältnisse nur richten gegen alle Absperrungs- und Verfeindungspläne, also, was insbesondere den Wirtschaftskrieg anlangt, gegen die von den kapitalistischen Interessierten ihrer industriellen Unternehmertät diktierten Bestrebungen der Ententeführer. **Deutscherseits** kann man ja an einen Wirtschaftskrieg nach dem Kriege nicht denken, unsere Interessen sind entgegengesetzt. Die vollständige **Wiedervereinigung Deutschlands in die Weltwirtschaft** ist und bleibt unser wichtigstes Kriegsziel, und wie auch sonst bei uns die Meinungen auseinandergehen, in diesem Punkte herrscht völlige **Uebereinstimmung**. In diesem Punkte, nicht in der gewalttätigen Annexion irgendwelcher fremdstaatlichen Gebiete, haben wir es mit der Lebensfrage der Arbeitermassen zu tun, denen die Vorenthaltung der Arbeitsmaterialien und der Boykott unserer Waarenausfuhr seitens der Ententemächte direkt ans Mark ginge. Würde dieses Kriegsziel einzig und allein aufgestellt geblieben sein, das deutsche Volk wäre nicht so innerlich uneinig, wie es heute leider der Fall ist.

Der Verfasser unserer Broschüre fordert als Friedensbedingungen: Wir hätten die feindlichen Regierungen zu zwingen, uns „**dieselben Rohstoffe in Menge, Art und Preis zu liefern, wie 1913** und uns dieselbe Ausfuhr „von fertigen Waren“ in gleicher Weise zu gestatten, wie unmittelbar vor dem Kriege. **Sachlich** kann auch kein Sozialdemokrat dagegen etwas einwenden. Aber gefehlt den Fall, wir erzwängen die Rohstofflieferung: Welche ausländische Regierung ist imstande, die Landesbewohner zu zwingen, unsere Ausfuhrwaren zu kaufen? Hier vermag das „Schwert“, hier kann nur die **logische Verhängung** die verweirtesten Handelswege ebnen. Weiter fordert der Verfasser unserer Broschüre eine „**Kriegsschädigung**“ und den Ersatz aller Schäden, der uns u. a. „durch Diebstahl an Schiffen, Waren, Geldern, Inventar usw.“ zugefügt wurde. Wenn es mit der Kriegsschädigung so leicht ginge, wie unsere Annerzionisten es darstellen, warum ist sie denn nicht von Rumänien und Rußland, mit denen ja Friedensverträge unter Ignorierung der „verdammten Friedensresolution“ abgeschlossen sind, herausgeholt worden? Wie lange soll der Krieg jetzt noch dauern, wie viele Menschenleben sollen noch vernichtet, wie viele Milliarden Kriegskosten sollen wir denn noch verausgaben, ehe wir England und gar erst Amerika (von dem verbluteten und bankrotten Frankreich sind keine Milliarden mehr zu holen) zu einer „ausreichenden“ Kriegsschädigung gezwungen haben? In einer anderen Stelle der Broschüre heißt es zutreffend, eine **Kriegsschädigung** „würde Deutschland nicht im entferntesten entschädigen für die ungeheuren Verluste, die die graufige hohe Ziffer der Gefallenen und Verwundeten für Deutschland bedeuten.“ Ganz unsere Ansicht. Aber sollen wir den Krieg fortsetzen, noch viel mehr Gefallene und Verwundete opfern, um dann schließlich uns doch, weil der erreichbare Feind zahlungsunfähig ist, ohne finanziellen Schadenersatz beiseiden zu müssen? Und wie läge es um diese Zeit mit unserer **Volkswirtschaft** aus?

Unsere wirtschaftliche Zukunftssicherung zwingt uns, die **Anerkennung unserer internationalen Handels-, Niederlassungs- und Verkehrsfreiheit zu fordern**. Was darüber hinausgeht an imperialistischem Annexionsbegehren, das kann uns in Anbetracht unserer Wirtschaftsbedürfnisse nicht die uns lebensnotwendige **Eisenbogenfreiheit im internationalen Austauschhandel** verschaffen. Wir werden ohnehin auf Generationen hinaus unter den Nachwehen dieser entsetzlichen Menschenverachtung und Güterzerstörung schwer zu leiden haben. Dito Hue.

Die englische Arbeiterkonferenz.

Die Reden, die auf dieser Konferenz gehalten worden sind, liegen nur bruchstückweise vor. Man kann sich also kein genaues Bild von dem machen, was die Gäste dort ausgeführt haben. Die Renaudelsche Äußerung haben wir geteilt wiedergegeben. Nach Renaudel sprach Albert Thomas,

Emile Vandervelde und Branting. Vandervelde bezeichnete, die belgischen Sozialisten in den besetzten Gebieten seien bereit, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, aber nur unter der Bedingung, daß diejenigen, die die Grundsätze des Internationalismus vertreten hätten, dort nicht vertreten wären. Ob diese Äußerungen Renaudels und Vanderveldes wirklich der wichtigste Kern des von ihnen Gesprochenen gewesen sind, werden wir sehen, wenn ihre Ansprachen im Wortlaut vorliegen. Jedenfalls sind die Sätze den Kriegstreibern der Entente nach Wunsch: Renaudel als Janjarenbläser für den Krieg bis ans ferne Ende, wie Clemenceau ihn will, und Vandervelde, der gegen die deutsche Mehrheitssozialdemokratie dasselbe Verfahren angewendet wissen will, das die Völkerverbundpläne der englischen Regierung gegen Deutschland überhaupt für angebracht halten. Wir wollen in diesem abwarten, aus welcher Gedanktenverbindung das Reuterbureau diese Sätze herausgeschnitten hat.

Branting bezeichnete es als großen Fehler, daß man Troelsjira am Kommen verhindert habe. Er scheint dort aber auch stark gegen die Deutschen zu Felde gezogen zu sein und die Behauptung aufgestellt zu haben, daß die Entente-freundlichkeit in Schweden immer mehr wachse. Schwedische liberale Blätter wenden sich deshalb gegen Branting, dem sie das Recht absprechen, im Namen Schwedens zu reden. Auch die schwedische Regierung nimmt Stellung gegen Branting. Wolff meldet nämlich: „Wie wir von zutunlicher Seite erfahren, mißbilligt auch die schwedische Regierung auf das schärfste die Äußerungen Brantings und drückt ihr Bedauern darüber dem deutschen Gesandten in Stockholm aus.“

Daß die Tagung im übrigen von Kriegesgeist gefaßt sein werde, war nicht zu bezweifeln. Aber die Teilnahme der Independent Labour Party bürgte dafür, daß auch der Friedenswille das Wort haben werde. Davon zeugen nun folgende Reutermitteilungen: Der neue Vollzugsausschuß der Arbeiter besteht aus 24 statt wie bisher aus 16 Mitgliedern. Die großen Gewerkschaften sind noch stark vertreten. Aber die neu hinzugekommenen Mitglieder sind hauptsächlich Sozialisten, wodurch die pazifistische Gruppe verstärkt wird. Diese Tatsache ist so wichtig, daß sie nicht gut unterdrückt werden kann. Zur Beruhigung für die Kriegsinteressenten fügt Reuter aber hinzu: es sei bemerkenswert, daß Minister Clones mit über 2 Millionen Stimmen wiedergewählt wurde, und der neue Vorsitzende James Mac Guff vom Bergarbeiterverband von Lancashire-Sheshire sei ein entschlossener Anhänger der Politik, die eine siegreiche Beendigung des Krieges erstrebt.

Die „Times“ sagt in einer Besprechung der Arbeiterkonferenz, daß die pazifistische Gruppe trotz ihrer lebhaften Tätigkeit noch bei weitem in der Minderheit ist. Die gesamte Mitgliederzahl der Unabhängigen Arbeiterpartei übersteige nicht 40 000 Mitglieder im Vergleich zu den 2½ Millionen Mitgliedern der Arbeiterpartei. Zwei Dinge seien für die Konferenz charakteristisch: Erstens, daß die Pazifisten die Frage Clones, ob sie wünschten, daß die Arbeiterminister aus der Regierung austräten, um die Regierung bei der Fortführung des Krieges zu schwächen, nicht zu beantworten vermochten, zweitens, daß trotz der heftigen Proteste gegen die Anwesenheit Kerenski nur drei Delegierte Hendersons Antrag widersprachen, Kerenski anzuhören.

Das soll also heißen: der Kongreß hat in diesen Punkten, in denen das Gewicht des Kriegswillens meßbar wird, so entschieden, wie es der Regierung Lloyd Georges paßt.

Ueber die Konferenz liegen noch folgende Meldungen vor: Nach Meldungen aus London gehören zu den in den Vorstand der Arbeiterpartei gewählten neuen Mitgliedern folgende Personen: Cramp von den Eisenbahnern, Wignall und Purdy von den Hafnarbeitern, Robinson und Bert Turmes vom Terrilarbeiterverband, Cameron vom Bergbau der Zimmerleute, Hutchinson vom Milchmännchenverband, Richardson und Mac Guff von den Grubenarbeitern, Robert Williams von der Labour-Union, Jowett von der Unabhängigen Arbeiterpartei, Sidney Webb von der Fabian Society, Arthur Henderson wurde zum Sekretär ernannt, Ramsey MacDonald zum Schatzmeister wiedergewählt.

Der „Neuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Der Arbeiterkongreß nahm einstimmig einen Antrag an, der die Abschaffung des Oberhauses fordert. Das Unterhausmitglied O'Grady brachte einen Antrag ein, der unerbittliche Durchführung von Home Rule für Irland fordert. Er forderte die Staatsmänner der überseeischen Dominions auf, darauf zu bestehen, daß die Reichsregierung die Regelung der Home Rulefrage ihnen übertrage.

Was der Krieg bringt.

Die deutschen Heeresberichte.

222. Großes Hauptquartier, 20. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In den Kompiabschnitten nördlich der Ans und südlich der Wiese hielt tagsüber erhöhte Artillerietätigkeit an. Am Abend lebte sie auch an der übrigen Front zwischen Hier und Wagne auf.

Die Kämpfe in Italien.
Die österreichisch-ungarischen Berichte.
Wien, 29. Juni. (Amtlich.)
Bei Janjan und Repenta di Bione versuchten feindliche Einheiten die Linien über den Fluss zu legen. Somit überall Artilleriekämpfe wechselnder Stärke.
Wien, 30. Juni. (Amtlich.)
Unsere Stellungen auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden lagen gestern seit 3 Uhr früh unter dem schwersten feindlichen Artilleriefeuer, dem einige Stunden später feindliche Angriffe gegen den Col del Rosso und den Monte di val Bella folgten. Während die gegen den Col del Rosso gerichteten Anstürme von Haus aus erfolglos blieben, versuchte auf dem Monte di val Bella der Italiener nach erbittertem Nahkampf in unsere ersten Linien einzubrechen, doch wurde er durch Patrouillen des ungarischen Infanterie-Regiments Nr. 131 und des Karawirer Regiments Nr. 16 im Gegenstich wieder hinausgeworfen. Angriffsvorläufe sowie Teilvorstöße gegen den Sissol und auf Mago erlitten in unserem Geschützfeuer. Somit überall Artilleriekampf wechselnder Stärke.



Sie zur Ludendorff-Spende für Kriegsbeschädigte! Auch für Dich haben sie gebittet!

Neue ententziozialistische Schwentung zum Chauvinismus?
Kopenhagener „Sozialdemokraten“ übernimmt eine hervorragende Konferenz, nach der binnen kurzem in London eine besondere Konferenz derjenigen internationalen Sozialisten stattfinden wird, die für den Krieg bis zum Ende seien. Auch die nationalistische Gruppe der französischen Sozialdemokratie werde eine Delegation unter Führung von Albert Thomas entsenden, der aus der Gruppe Renaudel ausgeschieden sei und sich dem nationalistischen Flügel der Fraktion unter Führung Barrennes angeschlossen habe. Einem Vertreter des „New Yorker Herald“ in Paris sagte Thomas, daß die französischen Sozialisten die Befreiung Frankreichs über alles andere setzten. Solange Frankreich nicht geschützt sei gegen die unmittelbaren oder mittelbaren Angriffe Deutschlands auf Erhaltung der Weltfriedenshaft, sei in ihm eine sozialistische Bewegung unmöglich. Die internationale Konferenz in Stockholm sei von ihm nur unterstützt worden, weil sie sichere und zuverlässige Garantien bot, damit sie Frankreich nützlich werden könnte.

Die Grundlagen der russischen Konstitution.
Das Zentrale Exekutivkomitee hat den folgenden Entwurf für die Grundlagen der russischen Konstitution veröffentlicht.
Die Grundaufgabe der Konstitution der Russischen Sozialistischen Föderativen Republik für die gegenwärtige Übergangszeit besteht in der Schaffung einer Diktatur des städtischen und bäuerlichen Proletariats und der ärmeren Bauern in Gestalt einer gewaltigen Arbeitermacht zum Zweck der völligen Unterdrückung der Bourgeoisie, Beseitigung der Ausbeutung eines Menschen durch den anderen und Einführung des Sozialismus, unter dem es weder eine Unterdrückung der Klassen noch eine Staatsgewalt geben wird.

Auf eine Anfrage von Barrennes, ob Thomas einer etwaigen Einladung des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Partei Dänemarks Minister Stauding nachkommen würde, erwiderte Thomas, daß er zu Verhandlungen mit den Sozialisten neutraler Staaten vielleicht fahren würde. Sollte darüber hinaus die Unterbrechung eine Etappe auf dem Wege nach Stockholm und zu einer neuen internationalen Konferenz werden, würden sich von vielen Seiten ein starker Widerpruch dagegen erheben.

1. Die Russische Republik ist eine freie sozialistische Gesellschaft aller Werktätigen im Reichland, die in städtischen und bäuerlichen Deputiertenräten zusammengeschlossen sind.
2. Die Deputiertenräte solcher Bezirke, die sich durch die Eigenart der Sitten und die nationale Zusammenfassung auszeichnen, werden zu autonomen Bezirksverbänden zusammengeschlossen, an deren Spitze die Bezirkskongresse der Deputiertenräte und ihre ausführenden Organe stehen.
3. Die Bezirks-Räterverbände werden auf föderativer Grundlage zur Russischen Sozialistischen Republik vereinigt, an deren Spitze der Allrussische Kongress der Deputiertenräte und, in der Zeit zwischen den Kongressen, das Allrussische Zentrale Exekutivkomitee stehen.

Der Krieg auf den Meeren.
Berlin, 1. Juli. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England sind nach Meldungen der von der See zurückgekehrten U-Boote 13.000 Brutto-Registertonnen versenkt.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Der Krieg auf den Meeren.
Berlin, 1. Juli. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England sind nach Meldungen der von der See zurückgekehrten U-Boote 13.000 Brutto-Registertonnen versenkt.
Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Ein eigentümliche Meldung.
Reuter meldet aus Chardin: Osterreichisch-ungarische Kriegsgefangene haben Zutritt befohlen. Die Tschechoslowaken haben sich in der Richtung Kraskojarik zurückgezogen.
Diese Nachricht klingt so merkwürdig, daß man erst ihre Befügung abwarten muß.

Ein russischer Protest.
Die russische Regierung hat gegen die Anwesenheit englischer Truppen im Kurmangebiet Einspruch erhoben. In der Note wird die sichere Erwartung ausgesprochen, daß die englische Regierung die der internationalen Lage widersprechende Maßregel rückgängig machen werde. — Wir hegen Zweifel an dem Erfolg dieses Schrittes. England wird keine Truppe freiwillig aus dem Kurmangebiet nicht herausziehen und ob es dazu gezwungen werden kann, erscheint uns 31. sehr fraglich.

Ueber die Vorgänge bei der russischen Schwarzmeerflotte
reuter Wolff folgendes:
Der in Lianisch-Friedensvertrag steht im Artikel V vor, daß die russischen Kriegsschiffe entweder in russische Häfen gebracht und dort bis zum allgemeinen Friedensschluß bleiben oder falls sie russische Häfen nicht erreichen können, in fremden Häfen entlassen und unbeweglich gemacht werden müssen. Einzelne Teile der Schwarzmeerflotte letzter sich über diese Bestimmung hinweg und tretzten auch nach dem Friedensschluß weiter im Schwarzen Meer und im Marmarischen Meer. Nach und nach nahmen sie sogar eine feindliche Haltung gegen die verbündeten Streitkräfte an und zwangen dadurch diese mehrfach zu bewaffnetem Einkreisen. Im Verlauf des Frühjahrs wurde es immer klarer, daß der Einmarsch der Moskauer Regierung auf einzelne Teile der Schwarzmeerflotte gleich Null war, und daß diese Flotten teile vielmehr selbständig den Krieg fortsetzende Streitkräfte auf dem Wasser darstellten, die man auch mit dem Ausbruch Frieden bezeichnen konnte. Erst mit der Besetzung der Halbinsel Krim und des Kriegsschiffes Sewastopol wurde Ende April der größte Teil der ehemaligen russischen Schwarzmeerflotte an westlichen Fronten gegen den Breiter Frieden vertribert. Die wichtigsten und neuesten Einheiten der ehemaligen Schwarzmeerflotte hatten sich jedoch entgegen der in Brief verbrieften Regel nach Komoroff begeben und verweigerten die Rückkehr nach ihrem Ausgangshafen. Für die verworrenen Verhältnisse an Bord dieser Schiffe ist es bezeichnend, daß sie in wenigen Tagen mehrmals die Staatszugehörigkeit wechselten und wiederum die rote Fahnen-Unterlage, dann die rot-goldene Flagge der zentralisierten Russischen Republik, dann die blaue gelbe ukrainische Flagge und neuerdings wieder die weiß-blaue Andreaskreuz-Flagge des russischen Kaiserreichs trugen. Neben den Besatzungen bestanden auch Matrosen, Kinder und Zivilisten diese Kriegsschiffe.

Man sieht, wenn es Herrn Wilson mit dem Kampf um „Kultur und Menschlichkeit“ wirklich ernst wäre, so hätte er in eigenen Lande gerade genug zu tun.

Amerikas Kriegsvorbereitungen.
In einem Aufruf, den der Professorenmarschall veröffentlicht, wird bekanntgemacht, daß im Juli in Abständen eine erhöhte Mobilisation stattfinden werde. In Verbindung mit einem anderen Aufruf, der vom 27. Juli ab die Mobilisierung von 220 000 Mann anordnet, werden im Juli im ganzen 397 964 Mann dem bürgerlichen Leben entzogen werden, d. h. mehr als bisher, seit die militärische Dienstpflicht in Kraft getreten ist.
Die amerikanischen Behörden haben neutrale Zeitungsberichterstatter ein, sich persönlich von den umfangreichen Kriegsvorbereitungen der Amerikaner in Frankreich zu überzeugen. Der Berichterstatter des „New York Herald Tribune“ meldet nun seinem Blatt aus Frankreich, er sei nach dem, was er bisher in Frankreich sah, davon überzeugt, daß jetzt die amerikanische Periode des Krieges begonnen habe. Frankreich sei mit den Amerikanern und von amerikanischem Einfluß durchsetzt. Dies bilde den Untergrund gegenüber den Engländern, die nur die nordwestlichen Eben besetzt hätten. Ihre Befehle seien zwar intensiver,

aber weniger ausgebreitet. Es sei das erste Mal, daß Amerika und das alte Europa in so nahe Berührung mit einander gekommen seien. Es seien mehrere Anzeichen für eine wirkliche Entente zwischen Amerikanern und Franzosen vorhanden als zwischen Engländern und Franzosen. Ein Franzose sagte dem Berichterstatter, daß sich die Amerikaner und Franzosen besser verständen als die Engländer. Die Franzosen seien ganz begeistert von den Amerikanern und deren militärischen Eigenschaften. Der Berichterstatter schildert dann die ausgebreiteten amerikanischen Kriegsanlagen hinter der Front.

Amerikanisches.
Reuter meldet aus Washington: Die amerikanischen Kriegskosten für das Jahr vom 1. Juli 1917 bis zum 30. Juni 1918 werden auf 12 600 000 000 Dollar geschätzt.
Zur gegenseitigen Verkündung über Gefangenensfragen schlägt die amerikanische Regierung der deutschen eine Konferenz in Bern vor.

Politische Rundschau.
Deutschland.
Die braunschweigische Wahlreform.
Die Wahlrechtskommission des braunschweigischen Landtages unterbreitet jetzt in einem dritten Bericht folgenden Vorbericht: Der Landtag wolle sich grundsätzlich damit einverstanden erklären, daß unter der Voraussetzung, daß gleichzeitig die Vorschriften über das kommunale Wahlrecht und über den konfessionellen Charakter der Gemeindegemeinden unter den Schutz des § 141 der Neuen Landesverfassung durch ein Gesetz gestellt werden, die Zusammenfassung des Landtages sich auf folgender Grundlage aufbaut:

1. Die Zahl der Abgeordneten wird auf 58 (bisher 48) festgesetzt, von denen 29 aus allgemeinen Wahlen und 29 aus Sonderwahlen hervorgehen. Bei den Sonderwahlen wählen die Grundbesitzer (Landwirtschaft) 7, die Gewerbetreibenden 6, die wissenschaftlichen Berufsklassen 4, die Reichs-, Staats-, Kommunalbeamten, Lehrer und Privatangestellten 2, die Geistlichen der evangelischen Landeskirchen 2, die Stadtmagistrate der Städte 4, die Kreisverfassungen 4 Abgeordnete.
2. Das Wahlverfahren bei den allgemeinen Wahlen hat in den Städten nach den Grundzügen der Verhältniswahlen stattzufinden.
3. Die Wahlbeteiligung wird außer von den in der Regierungsvorlage aufgestellten Voraussetzungen von der Veranlagung zur Staats- und Gemeindeeinkommensteuer abhängig gemacht.
4. Die Wahlpflicht wird eingeführt.

Das Kompromiß ist auf dieser Grundlage zustande gekommen. Das ist die braunschweigische „Neuorientierung“!

Österreich-Ungarn.
Die Demission des Kabinetts Seidler abgelehnt.
Die „Wiener Zeitung“ bringt nachstehendes Handgeschrieben:
Dieser Dr. Ritter von Seidler!

Wie wohl der in meinem Handgeschreiben vom 23. Juni l. J. vorbehaltene Versuch, die Schwere der Lage zu überbrücken, welche mein österreichisches Ministerium für seine Demission verlangt, bisher noch nicht zu dem erwünschten Erfolge geführt hat, finde ich mich dennoch bestimmt, die Demission nicht anzunehmen, und hat das Ministerium demnach weiter im Amte zu verbleiben. Da es aber andererseits mein fester Wille ist, keine Unterbrechung in der parlamentarischen Regierungsvorlage einzutreten zu lassen, finde ich mich bestimmt, den Reichsrat zur Wiederaufnahme seiner Tätigkeit für den 16. Juli einzuberufen.

Karl, m. p. Seidler, m. p. Eckardt, 28. Juni 1918.
Mit dieser Entscheidung ist die Krise absolut nicht gelöst, sondern deren Lösung nur vertagt worden. Die Entscheidung über das Schicksal des neuen Kabinetts Seidler wird in offener Feldschlacht vor den Tribünen des Reichsrats fallen, vorausgesetzt, daß ihm die eine oder andere Gruppe nicht schon vorher in irgend einem Ausschusse böswilligerweise ein Bein stellt. Ueber die Versuche Seidlers, ein lebensfähiges Parlament zu erhalten, meldet das Wiener Telegr. Korrespondenzbureau: Die deutschen Sozialdemokraten sollen bestimmt werden, für das Budgetproprium einzutreten und der Abstimmung über die Kriegskredite fernzubleiben. Die Polen sollen veranlaßt werden, sich von allen Bestimmungen über die Regierungsvorlagen fernzuhalten. Unter diesen Umständen wäre eine Mehrheit gegeben und ein glatter Verlauf der Session sichergestellt. Die Verhandlungen mit den Polen sollen auf der Grundlage geführt werden, daß an Stelle des Generals Grafen Soun ein Zivilstatthalter in Galizien treten soll und daß gewisse wirtschaftliche Forderungen der Polen in Galizien erfüllt werden. Die Polen verhalten sich jedoch, wie die Blätter melden, diesen Zugeständnissen gegenüber ablehnend.

Es ist sehr leicht gesagt: Die Sozialdemokraten sollen bestimmt und die Polen sollen veranlaßt werden. Wenn sie sich nun nicht bestimmen lassen — was dann? Man wird sich noch auf schwere parlamentarische Kämpfe gefaßt machen müssen.

Der rumänische Friedensvertrag
ist von der rumänischen Kammer genehmigt worden. Gegen die Friedensbedingungen sprachen sich die Abgeordneten Trancu, Vasulescu, Coboranu, Cuza und General Anerescu aus, der erklärte, daß er zwar als erster das Wort „Frieden“ an der Front ausgesprochen habe, aber den jetzt abgeschlossenen Frieden nicht anerkennen könne.

Ein neuer Friedensruf?
Nach einer Petersburger Meldung der „Daily Mail“ beschloß der Ausschuss der Sowjets, einen neuen Aufruf an alle Länder für Beendigung des Krieges zu richten.

Ernährungsfragen.
Holländische Frühkartoffeln für Deutschland.
Die niederländische Regierung beschloß, die Ausfuhr von Frühkartoffeln zu genehmigen, nachdem der Inlandsbedarf gedeckt ist. Die Ausfuhr wird nach den Ländern der kriegführenden Parteien stattfinden. Von deutscher Seite wurde hierfür die Lieferung von 15 000 Tonnen Steinkohlen während des Monats Juli zugesichert.

Ludendorff-Spende für Kriegsbeschädigte.

Fünftes Spendenverzeichnis.

Julius M. Ahrens 20, Aktien-Bierbrauerei Lübeck 300, Feinr. Andreen 25, Angestellte des Zentral-Hotels 25, Angestellte der Firma Wallerhöfer Deden W. Brandt 15,50, Angestellte der Firma Blund & Sohn 35, Angestellte der Fa. Gebrüder Boudiers G. m. b. H. 168, Angestellte der Fa. Adolf Boragfeldt 23,50, Angestellte der Fa. Charles Coleman 79, Angestellte der Dampf- baderei Hanja 50, Angestellte der Fa. S. Dreifalt 11, Angestellte der Fa. Charlotte Gramm 16,70, Angestellte der Fa. Karl Fauer & Co. 17, Angestellte der Fa. Max Jenne 30, Angestellte d. Fa. J. Johannien & Sohn 17, Angestellte der Raimervaltung 130, Angestellte der Fa. Albert Koch 5, Angestellte der Fa. Martens & Lampe 60, Anceit, Arbeiter, Arbeiterinnen der Fa. S. W. Niemann, Schlutup 47,50, Angestellte der Ortsfran- kenliste 200, Angestellte der Fa. Feinr. Waegels 70, Angestellte der Fa. Joachim Dorbs 62,50, Angestellte des Rechtsanwalts Besenowik 10, Angestellte der Reichsbank (2. Filiale) 15, Angestellte d. Vorladung- u. Spar-Vereins-Bank 54, Frl. S. Arens 10, Frl. Mia Arens 5, Richard Wandmann 10, Beamte u. Arbeiter der Lübeck-Büchener Eisenbahn: Beamte u. Arbeiter d. Ver- waltungsgeb. 550, Beamte, Arbeiter, Fahrpersonal d. Bahnhof Lübeck 476, Arbeiter d. Meisler, Rangierbahnhof 223, Beamte d. Meisler, Rangierbahnhof 237, Beamte d. Güterverwaltung Lübeck 285, Arbeiter d. Güterverwaltung Lübeck 215,50, Beamte d. Fabrik- arbeitsangelegenheiten Lübeck 60, Beamte u. Arbeiter d. Gepädabtg. Lübeck 26, Beamte u. Arbeiter d. Elektrizitätswerkstatt 74,50, Beamte u. Arbeiter d. Licht- u. Kraftwerkstatt 24, Beamte d. Elektrizität- werkstatt Lübeck 39, Beamte u. Arbeiter des Wagenbureaus Lübeck 59, Beamte des Bahnhofs Lü. u. V. 49, Arbeiter d. Betriebswerk- statt 141, Beamte d. Betriebswerkstatt einchl. Lokomotivperson- al 651, Weichensteller d. Meisler Rangierbahnhof 71, Bahnmeister, Lübeck A 58,05, Bahnmeister Lübeck B 78, I. Bahnmeister Lübeck 45,50, Bahnhof Waldhalle 10, Bahnhof Dänischbüra 20, Bahnhof Waldhülen 5, Bahnhof Wöppendorf 10, Bahnhof Trere- münde 80, XI. Bahnmeister Travemünde 63, Bahnhof Schlutup 17, Bahnhof Reede-Nienborf 48, Bahnhof Blantensee 9, Beamte der Maschineninspektion 195, zusammen 3705,55, Frau Major Beer 30, Lorenz Vehnfeldt 10, Richard Benina 100, Dr. phil. Berninger 20, S. Deutshon 20, Hermann Bohneke 20, Frau M. E. Bollbrügge 50, Kapl. Belle 5, Herm. Bonn 5, R. Böge, Schlutup 20, Frau Sophie Böge, Schlutup 20, Aug. Borghoff 20, Wwe. U. Brede, Finkenberger Mühle 15, C. Freilittadt 50, Jeannette Brinkmann 20, Herm. Brünning 100, Louis Cantor 50, Einar Christoffersen 50, Siegm. Cohn 50, Wilhelm Cohn 300, Emil Corbach 20, P. D. 100, Dr. Georg Deede 10, Deutsche

Kolonial-Gesellschaft Mt. Lübeck 100, G. Drelesen 20, L. Düve 20, Hauptlehrer a. D. Ed. 10, S. Edholdt 5, Hugo Ed. 5, Max Ed. 10, W. Ehtmann 10, Senator Dr. G. Eichenburg 200, M. Fehring 50, W. H. Feldmann 10, Direktor Köstlich, Schwartau 300, Helene Frank 200, John Frankenthal 10, Garnisonkommando (Militärneubauamt) Lübeck 100, M. G. 20, Professor Dr. Genzken 50, durch das Gemeindefortschritt: Angestellte Arbeiter d. Flug- zeugwerk Travemünde I. Rate 484,50, Sandwerter, Arbeiter, Arbeiterinnen d. Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft 371,75, Bäder, Küchler, Lagerarbeiter d. Lübecker Genossenschafts- Bäckerei 107, Arbeiter v. Gaswerk I 80, Arbeiter u. Arbeiterinnen v. Lübecker Hohlwerk 87, Arbeiter d. Maschinenfabrik Osterloh 68, Arbeiter der Holzhandlung S. F. Soldt 53, Arbeiter d. Möbel- fabrik Fr. Schramm 20, Arbeiter u. Arbeiterinnen der Cartonagen- fabrik J. Sell 15, Arbeiter u. Arbeiterinnen d. Fa. Ewers u. Meiner 14, Arbeiter d. Maschinenfabrik Georg Harder 12, Arbeiter d. Röhrenfabrik Fr. Lüders 60,50, Sandwerter u. Arbeiter d. Fa. W. Torkuhl 62,50, Arbeiter d. Lübecker Vereinsbrauerei 18, Arbeiter d. Brauerei Mt. 50, Lagerarbeiter u. Arbeiterinnen vom Konsumverein 11, Laternenwärter 34, Arbeiter des Bau- amts (Abtl. Wasserbau u. Kanalverwaltung) 235, Arbeiter d. Granitwertes Bietner u. Bruhn 63,15, Frau Splering 4, S. Glüsing 30, Rob. Graben 20, E. Grabner 10, Ferd. Griekmann 5, J. Groth, Schlutup 100, Th. Haack aus der aufgelösten Stammtischliste 93,07, Gechw. E. u. L. Haack, Bremen 20, Dr. med. Hagemann 40, Frau G. Hahn 10, Hanielstadt 20, Chirurg Dr. Hartmann 300, Karl Häuer u. Co. 300, Hausammlung in Schlutup 285, Ad. Hinz 5, Baudirektor Karl Hirschfeld 100, Feinr. Fr. Hoffmann 15,60, Gebrüder Howaldt 75, Konrad W. S. 50, Direktor Fr. Jenner 2, Direktor Jensen 25, A. Johannien 380, G. John 15, Wwe. G. Jungclausen 20, Rud. Köhler 50, Direktor Dr. Karst 50, Kaufmannschaft 5000, Kirchengemeinde Schlutup 68,86, A. Klein 20, Ed. Kliefoth 30, Dr. W. H. Klins- mann 10, W. Köhrs 100, Ernst Köhler 10, R. K. 100, Feinr. Kriellenberg 10, Theodor Krieger 25, Carl Krohne 50, Kuntel 20, Dir. C. Kunze 25, A. Labö 10, Rechtsanwalt Dr. Landau 100, Dentist J. Lause 100, Bürgermeister a. D. Dr. Langenheim 500, G. Langhoff 10, Edwin J. Lesgaard 50, Pastor Linde 10, Herbert von der Lippe 10, Leutnant Lokow 10, Fr. Lübecker 20, Lübecker Genossenschafts-Bäckerei 1000, Lübecker Hohlwerk G. m. b. H. 500, I. Lübecker Schwimmverein 25, Lübecker Taubstummen-Verein 40, Lübecker Transport-Versicherungs-G. 1500, Lübecker Vereinsbrauerei 300, Frau Elisabeth Lüders geb. Niebold 40, Frau Alb. Vötter 50,

Selma Meyer 100, Friedr. Michael 50, R. Mölling 20, Mit- glieder des Orchesters des Vereins der Musikfreunde 130, Schüler Heinz Möller 8, W. H. Müls 20, J. Müllin-Schlutup 10, R. 10, J. R. 5, R. R. 20, Kapitän Nachmen 100, Nationalvereins- Verein für Lübeck und Umgegend 100, Baudirektor C. Nebe 50, Frau Senator Dr. Neumann 300, Johs. Nollenboom 50, Frau Joh. Oldenburg 20, J. Oldenburg Wwe. 30, Privatmann Oldenburg 50, Frau Oldenburg-Schlag-Sülsdorf 40, Freilich von Omstedt 20, Eisenbahndirektor Dr. Ott 100, A. Polenow 10, Professor Dr. Pauli 20, A. Pederzani 30, Frl. M. Pitt 10, Rudolf Pohn 20, W. Prettin 10, S. Preis 25, R. 100, J. 10, 15, M. R. 5, Frl. Rehwoldt 10, Georg Reimpel 100, Relewer- lazzarett II 16, Frl. Anna Rey 10, Gerberzi Carl Rohde 100, Zahnarzt Rothchild 50, Frl. Clara Rose 10, Frau Joa. Rose 20, W. H. Röhler 5, Dr. med. W. Rosenbergs 25, Frau J. Röhler 60, Kapitän J. Ruge 20, Architekt G. Runau 10, S. Ruisen 10, 100, Professor Dr. U. Schö 20, Sammlung von Kindern des Claus-Groth- u. Friedrich-Wilhelm-Strasse 15, Frau Dr. Jant- schäfer 10, August Schell 10, Schmalfeldt 5, Georg Schmidt 25, Dr. Schomburg 10, J. Schulk 10, Schüler der v. Grotschmitten- Realschule Klasse IVa 12, Schülerinnen der 1.-3. Klasse der Privatnachsenschule von S. Vietia 24,64, Ad. Schumann 20, J. Schütte 15, Emma Schwarz 5, Frau C. Seewald 5, Annemarie Stallbaum 5, Johs. Stallbaum 20, Frau W. Stad 20, Prof. Stoltegen 20, J. S. Stojs 50, Johs. 10, M. T. 5, Gustav Lamm 4, Frl. Wilhelmine Lamm 5, Leona 10, Frl. Thora Thomsen 20, Frau Major Emma von Tiedemann 100, Curt Tiffel 10, W. 10, 20, Johs. Uter 25, Frl. Ute Wedder 3, Verlobungsfeier Blauer- hof 150, Erna Vietig 10, B. Willmann 12, F. Wörbed 200, Hans Wols-Schlutup 20, Wwe. Waldho 10, Frl. Helene Wächter 10, G. Weill 10, Werkmeister-Bezirksverein Lübeck 500, Apotheker M. Werner 20, Emil Westendorff 30, Frau W. Wichte 10, S. R. A. Willers 150, Dr. med. Wigger 10, S. Johs. Wieg 15, 20, 2. Spendenverzeichnis schließen: 1. und 2. Haushaltungsschule 10, 00, Gesamtbetrag 25 814, 24, 1-4. Spendenverzeichnis 783 038, 20, 818 852, 25

Verlängerte Annahmefrist für Spenden bis 15. Juli

bei allen Banken und Sparkassen, Zeichnungen in Kriegs- anleihe werden zum Nennbetrag ganz entgegenzunehmen.

Die Verlobung mit Herrn Karl Lauch erklärt ich hiermit für aufgehoben.
Marie Koops,
3116, Secretz.

Nach langem schwerem Lei- den entschlief Freitag nacht 1 Uhr unser lieber Vater und Großvater, der Tischler **Heinrich Wulff** im 77. Lebensjahre. Betrauert von seinen Kindern und Enkelkindern **Friedrich Drows u. Frau geb. Wulff,** **Karl Wulff und Frau geb. Dietz,** **Hermann Bengdon u. Frau geb. Wulff,** Lübeck, Partengraben 52 B. Die Beerdigung findet am Mittwoch 2 1/4 Uhr von der Leichenhalle des Bornorter Friedhofes aus statt. (3109)

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zentrale Lübeck.

Am 19. Juni starb unser alter Collega und Mitglied, der Tischler **Heinrich Wulff** im Alter von 77 Jahren. Wir werden denselben ein ehrendes Andenken be- wahren. Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 3. Juli, nachmittags 2 1/4 Uhr, von der Leichenhalle des Born- orter Friedhofes aus statt. Die Leichenfeier sammelt sich um 1 1/2 Uhr im Saal des Bornorter Friedhofes. (3111) Die Lokalverwaltung.

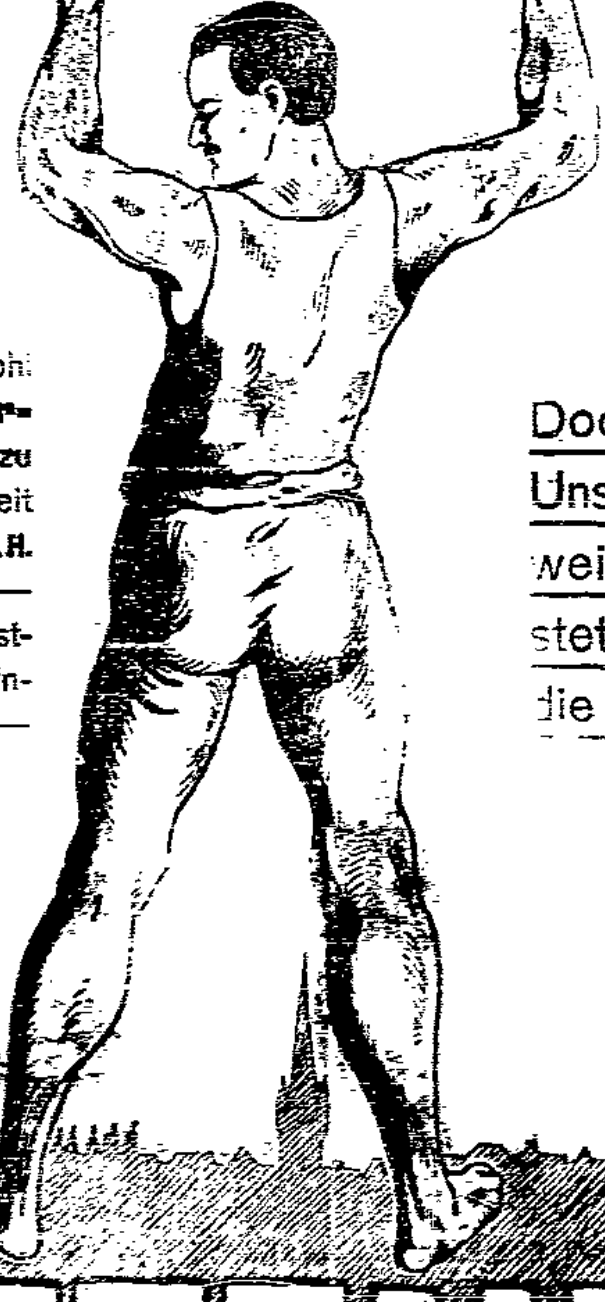
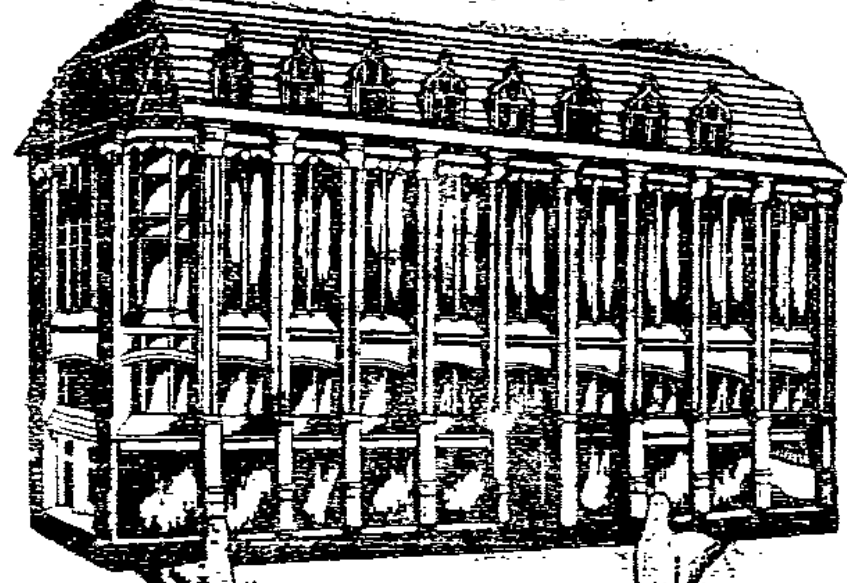
Sozialdemokrat. Verein Lübeck.
Der Sonnabend vesperch unter alter Gewohnheit **Heinrich Wulff.** Ein ehrendes Andenken! Die Beerdigung erfolgt am Mittwoch, dem 3. Juli, nachmittags 2 1/4 Uhr, von der Leichenhalle des Born- orter Friedhofes aus statt. Die Leichenfeier sammelt sich um 1 1/2 Uhr im Saal des Bornorter Friedhofes. (3111) Der Vorstand.

ein Mädchen

DAS HOLSTENHAUS

im Zusammenschluss mit 270 gleichartigen Geschäften darunter mit Deutschlands grösste Kaufhäuser

EIN FELSEN IN DER ZEIT DER NOT.



immer schwieriger wird die wirtschaftliche Lage, immer dringender die Frage nach einer **wirklich vorteilhaften Bezugsquelle** für die vielen Artikel des täglichen Bedarfs — — —

— — — und da ist es wohl an der Zeit auf die **aussergewöhnliche**, kaum zu überbietende Leistungsfähigkeit der **Holstenhaus G.m.b.H.** hinzuweisen, die gerade jetzt — trotz der Kriegszeit — die grösstmöglichen Vorteile beim Einkauf bietet.

— in aussergewöhnlich reich gefüllten Lägern führt dieses aufs beste geleitete Kaufhaus Waren aller Art in hochwertigen Qualitäten — und **preiswert** findet dort jeder was er sucht.

Doch wozu der Worte viel? Unsere Kunden selbst be- weisen durch lebhaften, stets wachsenden Zuspruch die Vorzüge unseres Hauses.

HOLSTENHAUS

Am 29. Juni erhielt ich die traurige Nachricht, daß mein lieber herzensguter Mann, meiner beiden Kinder treuherziger Vater, der Unteroffizier

Paul Dohrmann

auf der Heimreise zu seinen Lieben nach 32jähriger schrecklicher Gefangenschaft in Sibirien im 35. Lebensjahre nunmehr doch einer heimlichen Krankheit in Warschau zum Opfer gefallen ist. (3121) Dies zeigen tiefbetrübt an **M. Dohrmann geb. Werth** nebst Kindern u. alle, die ihm nahe standen. Schützenstr. 52 b.

Nach längerem schwerem Leiden entschlief am Sonn- abend vormittag in ihrem 14. Lebensjahre unsere innigstgeliebte Tochter und Schwester (3126)

Herta.

Aufs tiefste betrauert von ihren Eltern u. Geschwistern. **Carl Lütgens u. Frau geb. Schell.** Lübeck, Ludwigstr. 72. Beerdigung Freitag. Beginn der Trauerfeier 1 1/2 Uhr in der Kapelle des Born- orter Friedhofes.

Danksagung.

Für die bewiesene herzlichste Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres Vaters, insbesondere Herrn Hauptpastor Haensel, sowie seinen Mitarbeitern von der Lüb. Wais- u. Gesellschaft, Abt. Schiffbauhalle und dem Fabrik- arbeiter-Verband sage herzlichsten Dank. (3122)

Frau C. Brasch Ww. geb. Brasch.

Ein Schulmädchen für leichte häusliche Arbeiten. (3119) Schwartauer Allee 85, pt.

Ein kleines Zimmer zu vermieten. (3114) Pelzerstr. 11.

Gesucht zum 1. Oktober eine Wohnung in der Breitegasse von ca. Nr. 400. Angeb. unt. A R an die Exp. d. Bl. (3118)

Eine Sanitätsmütze u verkauft. (3128) Näheres Untertrave 86, III.

Ein Klappportwagen zu verkaufen. (3115) Loignstr. 13, pt. rechts.

4 möbne Zertel zu verkaufen. (3118) Näheres Brohlstr. 80.

Aus der Partei.

Gegen die „geläufigen Schlagwörter“. Ed. Bernstein schreibt in der unabhängigen Korrespondenz „Sozialistische Auslandspoliti“:

„Mit den heute geläufigen Schlagwörtern „Regierungssozialismus“, „Sozialpatriotismus“, und so weiter, die alle Unterschiede in der Verfassung, Politik und Lage der einzelnen Länder ignorieren, kommt man in der sozialistischen Internationale nicht weit. Der Ausdruck „Regierungssozialismus“ kann, sofern er die Sache nach trifft, in einem bestimmten Lande eine Haltung kennzeichnen, die in der Tat mit dem sozialistischen Internationalismus unvereinbar ist, in anderen Ländern aber mit Bezug auf diesen belanglos sein. Noch weniger besagt in dieser Hinsicht das Wort „Sozialpatriot“.“

Natürlich wird man glauben, Fernstein wolle damit beweisen, daß man der deutschen Sozialdemokratie bei Deutschlands Verteidigung gegen eine ungeheure Übermacht nicht vorwerfen dürfe, was man anderen Parteien, etwa in England oder Amerika, deren Land vom Krieg nicht unmittelbar bedroht ist, mit Recht als Fehler anrechnen kann. In Wahrheit aber meint es Ed. Bernstein umgekehrt. Er verwirft die Schlagwörter Sozialpatriotismus und Regierungssozialismus, weil er die französischen und englischen Kriegskreditwilliger als gute Internationalisten erklären und nur die deutschen aus der Internationale ausschließen will.

Zu der politischen Massenstreikfrage nahm eine Nürnberger Parteiverammlung Stellung. Nach einer anregenden Diskussion nahm die Versammlung einstimmig eine Entschliessung an, in der die Haltung der Parteileitung anlässlich der letzten Streikgründe und gegenüber den militärischen Vorbereitungen gebilligt und erklärt wurde, daß die Versammlung nach wie vor der Überzeugung sei, daß so weittragende politische Aktionen, wenn sie praktischen und dauernden Erfolg für die Arbeiterklasse bringen sollen, nicht ohne entsprechende Vorbereitung und Infolge dessen nicht ohne Wissen und Mitwirkung der zuständigen Organisationen unternehmen werden dürfen. Parolen oder Forderungen, die von unbekanntem oder unverantwortlichen Personen ausgehen werden, müssen daher unter allen Umständen unbeachtet bleiben, wenn nicht die schwersten Schädigungen für die gesamte Arbeiterklasse daraus erwachen können. In diesem Sinne zu wirken ist Ehrenpflicht jedes einzelnen Arbeiters, dem das Wohl der gesamten Arbeiterklasse

am Herzen liegt. Schärfer Protest erhebt die Versammlung gegen die bekannten militärischen Maßnahmen, die als unerhört bezeichnet werden müssen. Gleich wie im Stadtmagistrat erwarten die Versammlung auch von ihren Vertretern im Landtag und Reichstag, daß sie gegen eine solche Kriegsberedtschaft wieder das eigene Volk mit aller Entschiedenheit Front machen und die zuständigen Regierungskreise veranlassen, die Bevölkerung vor einer solchen Militärdiktatur zu schützen. Nicht Gasbomben und Maschinengewehre sind es, was heute das Volk braucht, sondern Freiheit und Frieden. In der Aussprache wurde von einem Redner eine noch nicht bekannte Tatsache mitgeteilt, die die merkwürdig schnelle und weite Verbreitung der Streikgründe zu einem großen Teil erklärt: In den Schulen hatten Lehrer die Kinder gelehrt, wie sie beim Ausbruch eines Massenstreiks, wenn vom Militär geschossen werde, sich zu verhalten, in die Keller zu flüchten hätten usw. Dieses wenig kluge und leichtfertige Verfahren wurde scharf gebrandmarkt.

Der erste Sozialdemokrat im Wiener Stadtrat, Genosse Jakob Reumann, einer der ältesten Kämpfer der Wiener Arbeiterbewegung, seit langen Jahren Redakteur der Wiener „Arbeiterzeitung“ und seit Einführung des vierten Wahlkörpers Vertreter von Favoriten im Wiener Gemeinderat, in den er damals als erster Sozialdemokrat zusammen mit Schuhmeister eintrat, ist jetzt in den Stadtrat gewählt worden. Die liberal-sozialdemokratische Minderheit erhielt sich bei der Wahl der Stimmen, da ihr ein Vertreter im Stadtrat zu wenig schien.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Stadtvordnehmer wegen Getreideschleichungen verhaftet. In München wurden, dem „B. Z.“ zufolge, unter dem Verdachte, Schleichungen mit Getreide ausgeführt zu haben, der stellvertretende Stadtvordnehmer der Ratschule und der Lebensmittelkommissar des Kreises München, Kohde, verhaftet.

Aus Nah und Fern.

Warenschleichungen bei Wertheim. Das größte Kaufhaus Wertheim, das Warenhaus Wertheim, das neben seinem Hauptgeschäft in der Leipzigerstraße auch noch mehrere Filialen in verchie-

den Stadtteilen Berlins und Zweigniederlassungen in Kottbus, Straßburg usw. unterhält, war in den letzten Tagen Gegenstand eingehender Hausdurchsuchungen und daran anschließender Hausanwaltschaftlicher Ermittlungen. Man hat dabei festgestellt, daß im Wege des Schleichhandels große Mengen Butter, Käse, Schinken, Speck, Schweinefleisch, Mehl und Eier im Warenhaus Wertheim aufgestapelt und unter der Hand weiter vertrieben worden waren. Es wurde sogar die Frage der Schließung des Nischenunternehmens erwogen, wodurch jedoch Tausende von schuldlosen Angestellten und Lieferanten profitlos geworden wären. Nachdem die Ermittlungen jetzt abgeschlossen sind, scheint festzustellen, daß die gemachten Schleichungen ohne Kenntnis der Besitzer der Wertheim G. m. b. H. vor sich gegangen sind. Vielmehr stellt sich die Sache so dar, daß der Haupteinkäufer für Lebensmittel im Hause Wertheim, ein gewisser Karl Müller, die Waren im Wege des Schleichhandels erworben und in erster Linie an die Angestellten weitergegeben hat, die dann ihrerseits mit dem Lebensmittel weitergehandelt haben. Als Vermittlerin betätigte sich die Abteilungsleiterin Fräulein Grasser. Die Butter wurde zu 26 Mark das Pfund, der Schinken zu 22 Mk., das Mehl zu 5 Mark, das Schweinefleisch zu 15 Mark und der Käse zu 8 Mark das Pfund umgesetzt, während für die Eier 1 Mark pro Stück verlangt und bezahlt wurden. Das Strafverfahren wird sich daher nicht gegen die Inhaber des Warenhauses Wertheim, sondern nur gegen die beteiligten Angestellten richten, die zu ihrer Entschuldigang angeben, daß sie im Interesse ihrer unter der Lebensmittelnot leidenden Mitarbeiter gehandelt hätten.

Fortrecht ist Herrenrecht! Das „Nebenwerder Kreisblatt“ berichtet: Als am letzten Sonnabend hiesige Schulkinder, die an diesem Tage zum Beerenjammeleschulieren hatten, in einem nahen Forst vom zuständigen Förster beim Sammeln der Beeren angetroffen wurden, zerrt dieser die Früchte, weil die Kinder ohne Erlaubnisjchein waren. Gewiß ist das Beerenpflücken erst vom 1. Juli ab gestattet, es scheint aber zweifelhaft, ob der Beamte zu einer so strengen, mit Rücksicht auf die heutigen Verhältnisse geradezu unverständlichen Maßnahme berechtigt ist. Es wäre doch viel einfacher gewesen, den Kindern die Beeren wegzunehmen, anstatt sie zu zerrücken und so dem menschlichen Genuss zu entziehen.

Eine mildere Kritik, als die hier geübte, ist wohl nicht gut denkbar!

Heute Montag

Eröffnung des Vorverkaufs für die „Hias-Gastspiele“ Hansa-Theater.

Bekanntmachung betreffend die Regelung des Verkehrs mit Frühkartoffeln aus der Ernte des Jahres 1918.

Als Frühkartoffeln im Sinne dieser Bekanntmachung gelten alle bis zum 15. September d. J. geernteten Kartoffeln.

Die bis zum 15. September d. J. im lübbedischen Staatsgebiet auf Anbauflächen von mehr als 200 qm Größe geernteten Frühkartoffeln werden hiermit zugunsten des Ausdusses für Kriegshilfe (Städtische Kartoffelstelle) beschlagnahmt.

Jeder Kartoffelerzeuger mit einer Frühkartoffelanbaufläche von 200 qm ist verpflichtet, 100 Zentner Städtische Kartoffeln auf den Hof zu abzuliefern, soweit nicht nach Ziffer 5 Ausnahmen zugelassen sind.

Die Ablieferung der Kartoffeln hat an die Städtische Kartoffelstelle zu geschehen. Sie kann auch

1. unmittelbar am Verbraucher gegen Einziehung der jeweils gültigen Kartoffelkartenabnahme und

2. an lübbedische Händler gegen Schlussschein erfolgen. Der Erzeuger ist verpflichtet, die Schlussscheine und eingezogene Kartoffelkartenabnahme zum 1. und 15. jeden Monats der Städtischen Kartoffelstelle einzureichen.

Diejenigen Mengen Frühkartoffeln, welche 100 Zentner auf den Hof überreichen, werden den Erzeugern zum Verbrauch innerhalb ihrer Wirtschaft und zur Zurückstellung von Saatgut freigegeben. Die für den Verbrauch durch den Erzeuger und seine Wirtschaft Angehörigen freigegebene Tagesnormmenge beträgt 1 Pfund.

Soweit der Bedarf an Frühkartoffeln zum Verzehr für den Erzeuger und seine Wirtschaft Angehörigen bis zum 15. September und zur Zurückhaltung als Saatgut aus den 100 Zentner auf den Hof überreichenden überreichenden Erzeugern nicht gedeckt wird, sind Anträge auf Freigabe weiterer Mengen an die Städtische Kartoffelstelle zu richten und zu begründen.

Kartoffeln dürfen nur gegen Einziehung der jeweils gültigen Kartoffelkartenabnahme abgegeben werden, gleichviel, ob die Kartoffeln von lübbedischen Kartoffelerzeugern, von der Städtischen Kartoffelstelle oder von auswärts bezogen sind. Der Händler hat die Kartoffelkartenabnahme als Abnehmer am Montag der Städtischen Kartoffelstelle einzureichen.

Das durch Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers vom 7. Februar 1917 erlassene Verfügungsverbot von Kartoffeln besteht in vollem Umfange fort.

Die Ausfuhr von Kartoffeln aus dem lübbedischen Staatsgebiet ohne Zustimmung des Ausdusses für Kriegshilfe ist untersagt.

Die vorzeitige Aufnahme von Frühkartoffeln zur Abgabe an die Städtische Kartoffelstelle, an Händler oder Verbraucher ist bis auf weiteres verboten.

Zwischenhandlungen unterliegen den bestehenden Strafbestimmungen.

R. u. d. d., den 29. Juni 1918.

Der Ausduss für Kriegshilfe.

Bekanntmachung über den Verkauf von jungen Kirschen.

Bei gutem Wetter werden während der nächsten Woche junge Kirschen aus dem Alten Landen mit der Eisenbahn eingeführt werden und gelangen an die Verbraucher zur Verteilung. Auf den Abfahrts 84 der alten Warenkarte können für jede Person

1 Pfund junge Kirschen zum Preise von 75 Pfg. für das Pfund bei den von der Städtischen Obst- und Gemüsestelle beheimateten Geschäftsreisenden, soweit der jeweilige Vorkauf reicht, entnommen werden.

Die Händler haben die Abnahme, auf Klebebogen angeklebt, unverzüglich nach jeder Lieferung an die Städtische Obst- und Gemüsestelle einzureichen. Zwischenhandlungen werden auf Grund der bestehenden Gesetze bestraft.

R. u. d. d., den 29. Juni 1918. (3108) Städt. Obst- und Gemüsestelle.

Bekanntmachung betr. die Umwälsteuer auf Luxusgegenstände.

Die Händler mit Luxuswaren, als Juweliere, Goldwarenhändler, Antiquitätenhändler, Kunsthandlungen, Versteigerer usw. werden darauf aufmerksam gemacht, daß der bisherige Verkaufspreis zum Zwecke der Bildung von Steuerrücklagen nicht um 20 bezw. 10 v. H., sondern um 25 bezw. 11 v. H. zu erhöhen ist. Nähere Auskunft wird auf dem hiesigen Hauptzollamt - Dienstzimmer Nr. 20 - auf Wunsch erteilt.

L. u. d. d., den 29. Juni 1918. (3104) Lübedisches Hauptzollamt.

Wir suchen für unseren Betrieb ungelernete Arbeiter und Plagarbeiter, in größerer Zahl, ferner (3068) Dreher, Schlosser, Lokomotivführer, Rangierer, Heizer, Werkzeug-, Bau- und Rohrschlosser, Rohrleger, Tischler, Kottenarbeiter. Arbeiterannahmestelle Pulverfabrik Bremm, Rathenow, Bahnhofstr. 22.

Zu kaufen gesucht ein großes Haus mit mehr 4 od. 5 Zimmern, Wohnungen von Hintergrube b. Braunstr. oder Holstenstr. Ang. mit Preis und Anzahlung unter N B an die Exped. (3101)

Zu kaufen gesucht (3098) Hausstandstumpen, Knochen, Eisen, Papier, Zeitungen, zu höchstem Tagespreis. Karl Kleinfeld, Waisenhoffstr. 25. Telefon 2430.

Verlor. 1 Bor. emonnaie mit Inhalt. Abzug geg. Belohn. (3102) Friedenstr. 32, nr.

Junge Kartoffeln zu verkaufen. (3117) Ernst Franck, Bad Schwartau.

Stadthallen-Theater. Direktion: Stanislaus Fuchs. (3107) Dienstag, den 2. Juli 1918:

Einsame Menschen. Schauspiel von Gerhart Hauptmann. Mittwoch, den 3. Juli 1918:

Das Fräulein vom Amt. Operette von Gilbert. Anfang der Vorstellungen 8 Uhr.

Der neue Kriegs-Atlas

bedeutend erweitert, jetzt 66 Karten von allen Kriegsschauplätzen sowie von den neugebildeten Staaten im Osten ist wieder vorrätig.

Preis Mk. 1.50. Buchhdl. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Feldpostkartenbriefe sind vorrätig. Buchhdl. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Visitenkarten Buchdr. Friedr. Meyer & Co. Johannisstraße 46.

Uhren-Reparaturen. Billige Preise. (3097) Gr. Auswahl in Wand-, Tisch-, Weck- und Taschenuhren. Hermann Voß, Uhrmacher. Breite Strasse 54 und Maxstr. 71.

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider. Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung am Dienstag, dem 2. Juli abends 9 Uhr im „Gewerkschaftshaus“ Johannisstraße 50-52. Tagesordnung:

1. Abrechnung. 2. Wahl eines Delegierten zur diesjährigen Generalversammlung.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht (3116) Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater.

Ab Dienstag, d. 2. Juli, täglich abends pünktl. 8 Uhr:

Ueber 100 Mitwirkende „Der Hias“ Ueber 100 Mitwirkende

Ein feldgraues Spiel in 3 Akten von H. Gilardone.

Mit Riesenerfolg über 3000 Male in allen grösseren Städten Deutschlands aufgeführt.

Mittwoch, d. 3. Juli, nachm. pünktlich 3 1/2 Uhr: Familien- und Schüler-Vorstellung bei kleinen Eintrittspreisen: 1.50 1.00 0.75 0.40 Mk. Zur Beachtung! Kartenvorverkauf für sämtliche Vorstellungen Holstenhaus, Holstenstr., Zigarrenhandlung Röhrich, Ecke Schlüsselbuden, Musikhaus Odeon sowie an der Theaterkasse des Hansa-Theaters von 11-1 Uhr vorm. und von 6 Uhr ab. Zur Beachtung!

Kartenvorverkauf für sämtliche Vorstellungen Holstenhaus, Holstenstr., Zigarrenhandlung Röhrich, Ecke Schlüsselbuden, Musikhaus Odeon sowie an der Theaterkasse des Hansa-Theaters von 11-1 Uhr vorm. und von 6 Uhr ab. (3100)